

Der Enztäler.

Anzeiger für das Enztal und Umgebung.

Amtsblatt für den Oberamtsbezirk Neuenbürg.

Erscheint wöchentlich mit Ausnahme der Sonn- und Feiertage

Druck und Verlag von C. Moschler Buchdruckerei (Inhaber D. Strauß), für die Schriftleitung verantwortlich D. Strauß in Neuenbürg.

Nr. 133.

Neuenbürg, Freitag den 11. Juni 1920

78. Jahrgang.

Deutschland.

Koblenz, 10. Juni. Die amerikanische Regierung hat mit dem Rücktransport ihrer Truppen aus Deutschland begonnen. Ein amerikanischer Dampfer ist mit den ersten 1700 amerikanischen Soldaten nach Amerika von Danzig unterwegs. Er nimmt in Antwerpen noch Material der amerikanischen Heeresleitung mit zurück.

Berlin, 10. Juni. Nach der „Voss. Ztg.“ verlautet in Hensburg, daß die Reichsregierung bei der Kürze der ihr gestellten Frist sich außerstande gesehen habe, zu dem Vertragstext über Nordschleswig bis zum 10. Juni endgültig Stellung zu nehmen. Sie habe beim Großen Rat um Fristverlängerung bis 20. Juni gebeten.

Berlin, 9. Juni. Bei den Märzunruhen d. J. wurden wie feinerzeit gemeldet, im Bad Thale in Thüringen eine Anzahl Einwohner von den Magdeburger Zeitfreiwilligen verwundet und mehrere von ihnen erschossen. Die angeforderten Ermittlungen konnten nicht abgeschlossen werden, da umfangreiche Zeugenerhebungen erforderlich sind. Bisher ist im Verfolg des Ermittlungsverfahrens gegen 14 Personen wegen rechtswidrigen Waffentragens in Verbindung mit Todschlag Anklage erhoben.

Berlin, 10. Juni. Der vorläufige Reichswirtschaftsrat wird noch in diesem Monat zusammentreten. — Eine deutsche Mission hat dieser Tage in London gewirkt, um in erster Linie die Lieferung von Lebensmitteln zu erreichen. — Auf dem japanischen Dampfer „Nankai Maru“ hat sich der deutsche Geschäftsteiger Dr. Solf nach Kobe eingeschifft.

Berlin, 10. Juni. Eine internationale Donaukonferenz wird nach Paris einberufen. Der Zweck der Zusammenkunft ist die Reorganisation der gesamten Donauschiffahrt. Auch die Frage des Donau-Rhein-Kanals soll behandelt werden. Ein württembergischer und ein bayerischer Vertreter soll an der Konferenz teilnehmen.

Stettin, 10. Juni. Gestern mittag traf ein neuer Transport von Heimkehrern aus Rußland mit dem Dampfer „Kien“ in Stettin ein. An Bord befanden sich zum Teil Kriegsgefangene, und zwar 129 Deutsche, 172 Deutsche-Österreicher, 236 Ungarn, 23 Rumänen, sowie eine Anzahl Angehöriger anderer Nationen, ferner 8 Frauen und Kinder.

Württ. Minister über die politische Lage.

Stuttgart, 9. Juni. Der Chefredakteur der „Württembergischen Zeitung“ legte einigen württembergischen Ministern Fragen über die politische Lage vor, wie sie durch den Ausfall der Wahlen geworden ist. Es wurde dabei nach dem Fortbestand der Koalition, nach der Umbildung der Regierung, nach der Haltung der Parteien und nach einer verschiedenen Regierungsbildung im Reich und in Württemberg gefragt. Der württ. Staatspräsident Bloss betonte in seiner Antwort, er halte die Koalitionsmehrheit für befestigt und tragfähig, weil die drei Parteien so lange miteinander gearbeitet hätten. Das Zentrum werde an der Koalition festhalten. Die Frage der Umbildung der Regierung werde sich nach dem Zusammentritt des neuen Landtags, der verfassungsmäßig 16 Tage nach der Wahl geschehen müsse, entscheiden, wobei er als Alterspräsident aufzutreten habe. Von den Verbältnissen im Reich seien wir nicht abhängig. Kultminister Dr. Dieder wies auf die vier Volksparteier hin. Er könne sich nicht denken, daß sie sich grundsätzlich zur Opposition schlagen. Das Zentrum hätte Anspruch auf eine stärkere Vertretung, die Sozialdemokratie sei mit drei Ministern und dem Gesandten zu stark an der Regierung beteiligt. Wegen der Kirchen- und Schulfrage werde das Zentrum nicht zum Anschluß nach rechts veranlaßt werden. Es sei dringend erwünscht, diese Fragen noch mehr aus dem politischen Kampf herauszuschreiben. Daß Sozialdemokraten und Unabhängige gemeinsam in die Opposition treten, sei nicht wahrscheinlich. Eine rein bürgerliche Regierung hätte wohl noch mehr Schwierigkeiten, als eine Regierung mit den Sozialdemokraten. Daß besondere Schwierigkeiten zu erwarten wären, wenn die neue Regierung in Württemberg etwa anders zusammengesetzt wäre als im Reich, glaubt Dr. Dieder nicht. Finanzminister Liebig wies darauf hin, daß die Rechte und das Zentrum ebensoviel Stimmen (55), wie die Koalitionsparteien hätten und eine Zufallsabstimmung die Regierung befestigen könnte. Kirche und Schule würden in nächster Zeit eine bedeutende Rolle nicht spielen. Wünschenswert sei, daß auch die Sozialdemokratie an der bisherigen Koalitionspolitik festhalte. Auch bei selbstloser Teilnahme an der Regierung werde unter den gegenwärtigen Umständen eitel Unmut gemeldet. Veränderungen in der Regierung seien nicht ausgeschlossen, es sei aber politisch unklug, ja geradezu staatsgefährlich, wenn die Arbeiterschaft von der Teilnahme an der Regierung ausgeschlossen werde. Justizminister Volk führte aus: Ob nach dem Ausfall der Wahlen der Fortbestand der Koalition im Reich, den ich für politisch zweckmäßig halte, möglich sein wird, ist noch nicht

zu übersehen. Für Württemberg gibt es zwei Möglichkeiten: entweder Fortbestand der Koalition oder Bildung einer bürgerlichen Regierung aus Bauernbund, Bürgerpartei und Zentrum. Die Frage ist nun: Ist die Koalition erweiterungsfähig? Das möchte ich verneinen. Das Zentrum kann „niemals“ mit den Unabhängigen in der Regierung sein. Eine Erweiterung der Koalition nach rechts scheitert am Widerstand der Sozialdemokraten und Demokraten. Die Regierung muß ein reines Geschäftsministerium sein und sich vorwiegend auf wirtschaftliche und finanzielle Aufgaben beschränken, muß sich um die Vereinfachung und Verbilligung der Staatsverwaltung und überhaupt um Sparsamkeit bemühen. Eine andere Koalition kann dem Zentrum in einem Falle aufgedrängt werden, wenn nämlich versucht werden sollte, in den Schul- und Kirchenfragen über unsere Grundsätze hinwegzugehen. Wir würden dagegen das Neueste, bis zum Volkenscheid, einsehen. Wie die Haltung der Sozialdemokratie sein wird, muß abgewartet werden.

Kuß der Deutschen Volkspartei.

Berlin, 10. Juni. In der Deutschen Volkspartei, die sich in der Frage der Regierungsbildung nach wie vor abwartend verhält, stellt man sich, wie die „Deutsche Allgem. Zeitung“ erfährt, auf den Standpunkt, daß die Frage, wer in Zukunft die Geschicke des deutschen Volkes leiten soll, nicht vom Prinzip der reinen parlamentarischen Kombinationen entschieden werden soll. Man hält es für wünschenswert, daß zur Befreyung der einzelnen Posten nach Möglichkeit geeignete tüchtige Persönlichkeiten aus dem politischen und wirtschaftlichen Leben herangezogen würden. In erster Linie denkt man an die Berufung eines Diplomaten zum Minister des Auswärtigen, eines Militärs zum Reichswehrminister, sowie eines Wirtschaftsjuristen zum Reichsfinanzminister. Unter den Führern der Deutschen Volkspartei selbst besteht jedwede, wie ausdrücklich verhiert wird, durchaus keine Neigung, irgend einen Posten in der neuen Regierung zu übernehmen. Die Frage der künftigen Koalition wird von der Deutschen Volkspartei so beurteilt, daß sie ein Verbleiben der Mehrheitssozialisten in ihr als außerordentlich wünschenswert betrachtet, jedoch andererseits auch eine Einzuziehung der Deutschnationalen begrüßen würde. Für die Sozialdemokraten dürfte wohl der eigentliche Grund sein, eine Zusammenarbeit mit den früheren Nationalliberalen abzulehnen, weil sowohl das Betriebsrätegesetz wie auch das Prinzip der Sozialisierung dem Wirtschaftsprogramm, wie es bisher von der Deutschen Volkspartei vertreten worden ist, widersprechen.

Gewerkschaftsprotest gegen die Koalition mit den Rechtsparteien.

Berlin, 9. Juni. Die Deutsche Telegraphen-Information erfährt, daß heute die Gewerkschaften bei der Regierung gegen die Aufnahme der Rechtsparteien in die Regierungskoalition Protest erhoben haben. In maßgebenden politischen Kreisen betrachtet man diesen Schritt als umso zwingenderen Grund, auf das Zusammenkommen der Koalition hinzuwirken.

Zur Bildung des neuen Reichskabinetts.

Berlin, 10. Juni. Im Verlauf des gestrigen Tages hatte Reichspräsident Ebert längere Besprechungen mit dem Reichskanzler Hermann Müller und später mit dem Vizekanzler Dr. Koch. Zunächst dürfte, wie bereits gemeldet, mit der Bildung eines neuen Kabinetts Hermann Müller beauftragt werden, der sich zuerst an die Unabhängigen wenden und sie zum Beitritt in die bisherige Koalition auffordern wird. Nach den Pressäußerungen der radikalen Linken zu urteilen, wird er dabei auf eine ablehnende Haltung stoßen. Immerhin wird eine solche Anfrage bei den Unabhängigen vor Ablauf der Woche keine Erledigung finden können, weil die zuständigen Persönlichkeiten dieser Partei früher nicht in der Lage sein werden, eine solche Anfrage entgegenzunehmen. Die maßgebenden Führer sind zurzeit noch nicht in Berlin. Dagegen trifft heute der Chef der Zentrumspartei, Treiborn von Köln, in Berlin ein, um mit seinen Parteireisenden zu beraten. Eine unverbindliche Besprechung der demokratischen Minister und der in Berlin weilenden demokratischen Abgeordneten fand gestern nachmittag bei dem preussischen Handelsminister Fischbeck statt.

Die beiden letzten Luftschiffe an Frankreich ausgeliefert.

Die deutsche Heeresverwaltung hat in Erfüllung des Friedensvertrags die beiden letzten Zeppeline an Frankreich ausgeliefert. Der eine ist der „L. 72“, der andere L. 3. neuester Konstruktion. Einer soll als Marineluftschiff in Cuers bei Trier stationiert werden, der andere wird dem Untersekretariat für Luftverkehr unterstellt werden und in Raubwege seinen Standort finden und zwar in einem Schuppen, den wir während des Krieges erbaut haben.

Das Reichsnotopfer.

Die große Abgabe von Vermögen wird demnächst veranlagt und erhoben. Die Meinung, daß nach dem Ausfall der Wahlen zum Reichstag das Gesetz wieder zurückgenommen werde, ist völlig unbegründet. Die Vorauszahlungen auf das Reichsnotopfer werden seit 1. Januar d. J. verzinst. Wer bis zum 30. Juni 1920 Barzahlung leistet, braucht für je 100 Mark nur 92 Mark hinzugeben, wer vom 1. Juli bis 31. Dezember 1920 barzahlt, nur 96 Mark. Wieviel die Vermögensabgabe ungefähr ausmacht, kann jeder selbst ausrechnen, wenn er weiß, welches Vermögen er am 31. Dezember 1919 hatte. Davon bleiben 5000 Mk. bei Ehegatten regelmäßig 10.000 Mk., und wenn 2 oder mehr Kinder da sind, für das zweite und jedes weitere Kind je weitere 5000 Mk. steuerfrei. Der Rest des Vermögens ist zu versteuern. So viele Kinder da sind, so viel mal 5000 Mark dieses Restes sind mit 10 Prozent zu versteuern, der Ueberschuß nach dem Hundertsatz, der für den ganzen Rest nach dem Tarif anzusehen wäre. Für die Gesellschaften beträgt die Steuer schließlich 10 Proz. des Restvermögens nach Abzug des eingezahlten Grund- oder Stammkapitals, für die juristischen Personen anderer Art und Vermögensklassen 10 Prozent ihres gesamten Vermögens nach Abzug der Schulden. Sie werden daher noch leichter als die natürlichen Personen in der Lage sein, die Steuer selbst zu berechnen.

Ausland.

Basel, 9. Juni. Die schweizerische Fremdenpolizei gewährt den deutschen Wehrleuten, die keine dauernde Einreiseerlaubnis nach der Schweiz erhalten haben oder darauf verzichten, einen kurzfristigen Urlaub zur Regelung ihrer Angelegenheiten in der Schweiz. Diese kurzfristige Einreiseerlaubnis ist aber gleichbedeutend mit dem Verzicht auf die dauernde Einreiseerlaubnis.

Basel, 10. Juni. Der „Gerald“ meldet: Die Regierung der Vereinigten Staaten teilte der französischen Regierung mit, daß sie mit dem französischen Standpunkt in Bezug auf die Anknüpfung von Beziehungen mit der russischen Sowjetregierung übereinstimme und entschieden eine Aufnahme von solchen Beziehungen ablehne, schon mit Rücksicht darauf, daß bestimmte Anzeichen vorlägen, welche den nahen Sturz der russischen Sowjetregierung erkennen ließen.

Paris, 9. Juni. Die Kommission, die mit der Prüfung der Frage der Eisenbahn des Kreises Morschau, die Deutschland für sich beansprucht, betraut ist, hat sich für die Zuteilung der Bahn an Belgien ausgesprochen, doch sollen die Einwohner von Morschau deutsch bleiben.

Paris, 9. Juni. Man versichert, daß der Oberste militärische Rat Deutschland gestatten werde, seine Polizeitruppen zu verstärken, jedoch auf seiner Weigerung beharre, Deutschland eine Erhöhung seiner Armee zuzugestehen, die vom 10. Juli ab 100 000 Mann betragen soll. Die Frage liegt den alliierten Regierungen zur Entscheidung vor.

Helsingfors, 10. Juni. Mehrere kriegsstarke Infanterieregimenter, Artillerie und Kavallerie sind auf Åland gelandet. Der Befehlshaber der finnischen Streitkräfte hat über das gesamte Gebiet der Ålandinseln den Belagerungszustand erklärt. Die schwedische Regierung richtete einen Protest an die Regierung in Helsingfors wegen der militärischen Maßnahmen.

Aufdämmernde Erkenntnis in Frankreich.

Basel, 10. Juni. In Paris macht sich plötzlich die Erkenntnis geltend, daß die selbstsüchtige Friedenspolitik der Entente gegenüber Deutschland wesentlich zu dem Ausfall der Reichstagswahlen und zur Niederlage der Regierungskoalition beigetragen habe. In der Presse kommt die lebhafteste Beürkundung zum Ausdruck, daß die Durchsührung des Versailleser Vertrags in Zukunft noch auf größere Schwierigkeiten stoßen würde als bisher.

Eine Schlappe der Italiener.

Lugano, 10. Juni. Laut „Epoen“ haben die Albaner mit großen Streitkräften die Italiener bei Valona angegriffen und diese bis auf 4 Kilometer aus ihrem befestigten Lager zurückgeworfen. Sie haben dabei eine Anzahl italienischer Offiziere und Soldaten zu Gefangenen gemacht und Waffen erbeutet. — Ein mit Truppen nach Valona besetzter Dampfer wurde auf Befehl des Verbands der italienischen Seekräfte in Tarent zurückgehalten, konnte aber, nachdem die Schiffsmannschaft durch Marineleute ersetzt worden war, seine Reise antreten.

Verweigerte Pässe.

Paris, 10. Juni. Die 640 von der Regierung wegen Anstiftung des letzten Streiks entlassenen Arbeiter haben von der Regierung Pässe verlangt, um nach Rußland gehen zu können, wo die Sowjetregierung sachverständige Eisenbahner brauchen kann. Die Pässe wurden verweigert.

Anzeigenpreis

Die einseitige Zeilspalte oder deren Raum 40 J., bei Auskündigung durch die Geschäftsstelle 40 J. extra. Neufahrer-Zeile 1.20 bei größeren Aufträgen entsprechend. Rabatt, der in Folge des Mahnerlasses hinräufig wird.

Echtheit der Anzeigen Annahme tags zuvor. Fernsprecher Nr. 4. Für telef. Beiträge wird teilsweise Ermäßigung genommen.

verkaufen; schwarzen
änderhahn
1,2 schwarze
kaninchen.
tr. Ref. No 11
en a. Enz
fuhr
Bezirk Neuenbürg
Galmbach
Raumeter
e Scheiter
und bitte um
Eufnauer,
warenfabrik
teilsbach,
neilige
Zachmann.
teilsbach,
ere gemöbnte
Kalbin
mit Raib
Senfert.
Karten
sch und billig
Buchdruckerei
Neuenbürg.
Kensfeld (Geb-
Mitglieder, sowie
nebst Familien-
vom Schulhaus,
53 vom Haupt-
Vorstand.
rt.
uni, findet in
um „Röhr“
g. Tanz
„Karlruhe“,
Vorstand.
nfest
den 12. und
rrenalb.
renalb.
wandtes, 124
fräulein.
Falkenstein.
jeder Höhe zu
ntigen Beding-
gen gegen me-
liche Nachzahlung
6, Schlagen

Japan kauft europäisches Flugzeugmaterial.
Der japanische General Napoca ist in Paris gekommen, um Verhandlungen wegen des Kaufs von Flugzeugmaterial durch Japan zu führen. In Japan bestehen bereits sechs Fliegerschulen, deren Lehrpersonal sich aus Franzosen zusammensetzt.

Aus Stadt, Bezirk und Umgebung.
Neuenbürg, 10. Juni. (Berichtigung.) Im Mittwoch-Extrakt erschien ein Artikel, wonach sich der Reichsbund der Kriegsschädigten der Kommunistischen Internationale angeschlossen habe. Es ist dies eine bewusste Fälschung der Öffentlichkeit. Die in Frage kommende Internationale ist ein Zusammenschluß aller Kriegssopfer um die Fürsorge für die Kriegssopfer gleichmäßig in allen Ländern zu verbessern, und um Anlässe, die zu künftigen Kriegen führen könnten, zu bekämpfen. Mit Politik hat dies aber nichts gemein, der einstimmige Beschluß des Bundestags in Würzburg geht dahin, nach wie vor streng an der politischen und religiösen Neutralität festzuhalten. Wenn nun versucht wird, uns das kommunistische Mäntelchen umzuhängen, so ist das eine große Unwahrheit. Die Erhöhung unseres Mitgliedsbeitrags ist eine vorübergehende Erscheinung, hervorgerufen durch die rapide Steigerung des Papierpreises, Porto und Arbeitslöhne. Eine Kampforganisation, wie wir sie darstellen, ist die allein eine richtige Interessensvertretung, ist, kann aber nur nicksam arbeiten, wenn sie auf einer guten finanziellen Grundlage ruht, im Gegensatz zum Ruffhauseband, der nur ein Kameradschafts-Berein aber keine wirkliche Interessensvertretung der Kriegssopfer bedeutet. Was die Flucht aus dem Reichsbund anbetrifft, so kann ich nur erwähnen, daß in letzter Zeit 3 Bezirke mit ca. 2000 Mitgliedern des Landesverbandes, der zur Zeit mit dem Ruffhauseband in Einigungsverhandlungen steht, zu uns übertraten. Allein im April bis Mai ds. Jrs. hatte unsere Organisation in Württemberg einen Zuwachs von 5000 Mitgliedern zu verzeichnen, während die Ruffhausebandkorrespondenz von einer Flucht aus dem Reichsbund zu sprechen wagt. Unsere ungeheure Steigerung der Mitgliederzahl auf 700.000 ist der beste Beweis, daß wir in den richtigen Bahnen wandeln, von denen wir auch nicht abgehen werden.
Reichsbund der Kriegsschädigten, Hinterbliebenen und ehemaligen Kriegsteilnehmer Bezirk Neuenbürg.
Bezirksleiter: Eugen Seeger.

Württemberg.
Stuttgart, 10. Juni. (Württ. Schiffsbauverlegerungen.) Von zuständiger Seite wird uns mitgeteilt: Die Beteiligung der württ. Industrie an den Schiffsbauverlegerungen nimmt ständig zu. Während in der letzten Hälfte 1919 nur rund für 1 1/2 Millionen M. Aufträge nach Württemberg gelangten, weist allein der Februar 1920 eine Beteiligung an den Schiffsbauverlegerungen über 1,6 Millionen württ. Aufträge auf. Anfragen wegen der Beteiligung sind an die Abteilung für Schiffsbauverlegerungen beim Württ. Rohstoff- und Auftragsamt und an die Württ. Vermittlungsstelle für Schiffsbauaufträge, Handelshof Stuttgart, zu richten.

Schweningen, 10. Juni. (Lohnbewegung in der Uhrenindustrie.) Die Tarifverhandlungen in der Uhrenindustrie, die in Billingen stattfanden, verliefen ohne Ergebnis. Die Unternehmer waren bereit, den verheirateten Arbeitern und Witwen eine Teuerungszulage zu gewähren. Diese sollte aber den ledigen Arbeitern unter 2 M. nicht gegeben werden. Die Arbeitervertreter lehnten den Vorschlag ab, so daß nun die Sache vor dem Schlichtungsausschuß entschieden wird. Bisher bleibt der alte Tarif samt den Teuerungszulagen in Kraft.

Hiberach, 10. Juni. (Aufzug für die Sturmgeschädigten.) Der Bezirkswohlfahrtsverein erläßt einen Aufruf mit der Bitte um weitgehende Unterstützung für die Sturmgeschädigten der Gemeinden Mittelbuch, Rottum und Steinhäuser. Nach amtlicher Schätzung sind durch die Windhose und das Hagelwetter vom 16. Mai allein an Gebäuden ein Schaden von 1 Million Mark angesetzt worden. Waben

sind an das Postfachamt Stuttgart 9241 oder an die Oberamtspostkasse Hiberach zu senden.
Raasdorf, 10. Juni. (Anschlag auf einen Eisenbahnzug.) Zwischen Weidenbeuren und Obergell wurde ein Anschlag auf einen Zug verübt. Bei einem Bahnübergang wurde eine Menge größerer Steine auf das Gleis gelegt. Die schwere Lokomotive besichtigte zwar das Hindernis, aber ein Teil der Steine wurde bis auf die Plattformen der nachfolgenden Wagen geworfen. Die Reisenden hatten das Gefühl, als ob die Wagen in Brüche gehen würden.

Friedrichshafen, 10. Juni. (Das Herzogspaar bei der Wahl.) Im Wahlbezirk 2 erschien als erster Wähler Herzog Wilhelm zu Württemberg, dann Herzogin Charlotte.

Heidenheim, 7. Juni. (Geldspende.) Zwei amerikanische Geschäftsfreunde haben der Firma J. M. Boith eine große Sendung Schmalz für deren Angestellte und Arbeiter zukommen lassen, so daß jeder Familienvater 5 Pf., jeder Ledige etwa 2 Pfund Schmalz unentgeltlich erhält. Im Betrieb sind über 2000 Personen beschäftigt.

Göppingen, 10. Juni. (Schwere Heimtuchung.) Die Maul- und Klauenseuche hat die Gemeinde Pfahlheim böss mitgenommen. Es müßten lt. „Jps. und Jagstztg.“ notgeschlachtet werden in Pfahlheim bis jetzt 379 Stück, in Halheim bis jetzt 112 Stück, in Hochkreut bis jetzt 41 Stück, in Hirtbach bis jetzt 19 Stück, zusammen 551 Stück. Und noch wütet die Seuche weiter!

Baden.

Wörzburg, 10. Juni. Der „Wörzbg. Anz.“ schreibt: Die Zwangswirtschaft hat sich überlebt. Wie wir erfahren, ist beabsichtigt, auch hier den Abbau des Lebensmittelamts in die Wege zu leiten. Ins Auge gefaßt ist vorläufig die Freigabe verschiedener Artikel, deren rationierte Abgabe nicht mehr nötig ist. Näheres wird demnächst bekannt gegeben. — Auch hinsichtlich der Fleischrationierung dürfte es bald eine Änderung geben, nachdem die Auflösung der Reichsstelle für Fleischrationierung angekündigt worden ist. Man wird nun noch die Wirkung der Viehablieferung an die Entente abwarten. Inzwischen sind die Schlachtpreise erhöht und die Bestimmungen über den Häuteerlös aufgehoben worden, um eine größere Anlieferung von Vieh zu erzielen. Die Höchstpreise betragen nunmehr für je 50 Kilogramm Lebendgewicht bei Rindern zwischen 240 und 420 Mark, je nach dem Schlachtwert, bei Kälbern unter drei Monaten 450 Mark, bei Schweinen 350 Mark und bei Schafen zwischen 240 und 400 Mark. Der Richtpreis für Schlachtpferde ist auf 200 Mark festgesetzt. Die bisher zu den Schlachtpreisen gewährten Häutezuschläge kommen in Wegfall. Die Neufestsetzung von Höchstpreisen für Fleisch und für Wurstwaren wird alsbald erfolgen.

Staufen, 10. Juni. Bei einer Kirchsbaumversteigerung wurden die Preise von 10—15 Mark, wie sie für einen Baum angeschlagen waren, auf 80—140 M. hinaufgesteigert. Dieser Preis ist angesichts des ungeheuren Kirchsreichtums ganz außerordentlich und man darf sich nicht sehr wundern, daß die hohen Kirchspreise in den Städten nicht zurückgehen.

Lörrach, 9. Juni. Der Gemeinderat Lörrach ersuchte vermittelst eines Telegramms das Ministerium des Innern, die Kirchsenausfuhr nach der Schweiz mit sofortiger Wirkung zu verbieten.

Vom Schwarzwald, 9. Juni. Die Kälte der letzten Tage hat, wie nunmehr zu erkennen ist, den Heidelbeeren erheblichen Schaden zugefügt.

Kadolfzell, 10. Juni. Im Hofen landeten zwei italienische Flugzeuge, deren Führer den Untersee für den Rhein hielten, und die glaubten, auf Schweizer Gebiet zu sein. Nach kurzem Aufenthalt fuhren die Flugzeuge angeblich nach Stockholm weiter.

Mannheim, 9. Juni. Zur Bekämpfung der bevorstehenden Telephongebührenerhöhung hat sich hier eine Vereinigung gebildet, der sich bereits viele Fernsprechteilnehmer, sowie Arbeitgeberverbände von Mannheim und Ludwigshafen angeschlossen haben.

Die neuen Telephongebühren.
Vom 1. Juli ab tritt die größte Erhöhung der Telephongebühren in Kraft, die in der Schnellpresse der letzten Sitzung der Nationalversammlung entstanden ist. Sie belastet den Telephonverkehr in einem nahezu unerträglichem Maß und wird nicht den Erfolg haben, mehr Einnahmen einzubringen. Sie stempelt vielmehr das Telephonieren zu einem Luxus, den sich nur noch ganz kapitalstärkige Zeitungen leisten können. Namentlich Gewerbe, Handel, Industrie, auch die Presse wird auf die Dauer eine derartige Anspannung der Gebührenschräuben nicht ertragen können. Das neue Reichsgesetz vom 6. Mai hat nach sechsundzwanzig Darstellungen folgende Wirkung:

Durch das Reichsgesetz betr. die Telegraphen- und Fernsprechteilnehmergebühren vom 6. Mai 1920 sind die Telegraphen- und Fernsprechteilnehmer im allgemeinen um 100 vom Hundert erhöht worden. Die Teilung der teilnehmerbezogenen Gruppe von 5000 bis 20000 Teilnehmeranschläüssen in eine Gruppe von 5000 bis 10000 und eine solche von mehr als 10000 bis 20000 Teilnehmeranschläüssen und der Wegfall der in Württemberg eingeführten Vorstufe von 1 bis 5 Teilnehmeranschläüssen bedingt für die Teilnehmer an den Fernsprechnetzen mit 1 bis 5 und mit 10000 bis 20000 Teilnehmeranschläüssen eine mehr als hundertprozentige Erhöhung. In den Fernsprechnetzen mit mehr als 10000 bis 20000 Teilnehmeranschläüssen in Württemberg nur das Fernsprechnetz von Groß-Stuttgart.

In den Fernsprechnetzen mit mehr als 50 Teilnehmeranschläüssen ist es wie bisher den Teilnehmern anbegehrt, die Pauschalgebühr oder die Grundgebühr nebst Gesprächsgebühren für jede hergestellte Verbindung, mindestens jedoch für 400 Gespräche, jährlich zu zahlen. Die Gesprächsgebühr wird 20 Pfg. für jede Verbindung betragen. In Netzen mit nicht mehr als 50 Teilnehmeranschläüssen wird nur gegen Pauschalgebühr angegeschlossen.

Vom 1. Juli an wird — außer dem nach § 10 des Gesetzes zu entrichtenden einmaligen Beitrag von 1000 M. für jeden Hauptanschluß und von 200 M. für jeden Nebenanschluß — erhoben werden in Netzen mit 1—5 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 320 M. (bisher 150); bis zu 50 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 320 M. (bisher 160); bis zu 100 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 400 M. (bisher 200), oder eine Grundgebühr von jährlich 240 M. (bisher 120); bis zu 200 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 480 M. (bisher 240), oder eine Grundgebühr von jährlich 240 M. (bisher 120); bis zu 500 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von 560 Mark (bisher 280), oder eine Grundgebühr von 240 Mark (bisher 120); bis zu 1000 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 600 M. (bisher 300), oder eine Grundgebühr von jährlich 240 M. (bisher 120); bis zu 5000 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 640 M. (bisher 320), oder eine Grundgebühr von jährlich 300 M. (bisher 150); bis zu 10000 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 680 M. (bisher 340), oder eine Grundgebühr von jährlich 360 M. (bisher 180); bis zu 20000 Anschläüssen eine Pauschalgebühr von jährlich 720 M. (bisher 360), oder eine Grundgebühr von jährlich 400 M. (bisher 180).

Die Gesprächsgebühren für die Benützung der Verbindungsleitungen zwischen verschiedenen Orten sind bisher nach 6 Zonen (1: bei 25 Km.; 2: über 25—50 Km.; 3: über 50—100 Km.; 4: über 100—500 Km.; 5: über 500 bis 1000 Km. und 6: über 1000 Km.) abgestuft gewesen. Die Zonen werden dadurch auf 8 erhöht, daß die bisherigen Zonen 4 und 5 in solche von über 100 bis 300 Km., von 300 bis 500 Km., über 500 bis 750 Km. und über 750 bis 1000 Km. geteilt werden. Es werden also künftig acht Gebührensätze bestehen und für ein gewöhnliches

Gespräch von nicht mehr als 3 Minuten Dauer zu zahlen sein in Zone 1, bis 25 Km., 80 Pfg. (bisher 40 Pfg.); in Zone 2, bis 50 Km., 1 M. (50 Pfg.); in Zone 3, bis 100 Km., 2 M. (1 M.); in Zone 4, bis

Art läßt nicht von Art.

Roman von H. Hill

„Ich nahm an, daß du dich dieses Papiers gegen den Doktor Odemar bedienen wolltest, und ich fürchte, daß dadurch ein Skandal heraufbeschworen werden würde, dessen Folgen für dich wie für mich ganz unabsehbar gewesen wären. Deshalb nahm ich das Papier an mich, während du in diesem — nun, in dieser Bewußtlosigkeit dasagst.“
Die Erklärung, so sonderbar sie auch klingen mochte, schien dem anderen doch zu genügen.
„Wenn es so ist,“ meinte er, „habe ich dir nichts mehr vorzuwerfen, und zwischen uns beiden ist wieder alles in Ordnung. Es ging mir wirklich nahe, zu denken, daß auch du gegen mich Partei ergriffen haben könntest, und du müßt entschuldigen, wenn ich unter diesem Eindruck vielleicht ein bißchen rauh gegen dich gewesen bin. Nun aber, da ich sehe, daß ich mich getäuscht habe, und daß du ehrlich gegen mich gewesen bist, will ich auch ganz ehrlich gegen dich sein. Du wirst wahrscheinlich nicht wenig erstaunt sein, wenn ich dir anvertraue, warum ich dem Doktor Odemar eine Chance geben will, sich aus dem Staube zu machen, indem ich ihm zeige, daß ich das Spiel gegen ihn in der Hand halte.“
„Ich bin in der Tat sehr neugierig, es zu erfahren.“
Die Sache ist die: Er ist in Edith verliebt und sie in ihn. Nun bin ich aber selber auf das Mädchen verfallen, und ich weiß, daß sie mir nie mehr einen freundlichen Blick schenken würde, wenn ich ihrem Herzallerliebsten auf das Blutgerüst oder ins Zuchthaus geholfen hätte. Dieser Brief aber wird das Zaubermittel sein, ihn für alle Zeit zu befeitigen. Und er wird daneben noch einen anderen, nicht minder wichtigen Zweck erfüllen, indem er Edith von seiner Schuld überzeugt.“
„Wenn er ruhig auf seine Verhaftung wartete, würde sie ihn immer für unschuldig halten, so vernarrt wie sie

nun einmal in ihn ist. Dem Flüchtling aber wird sie nimmermehr glauben, daß er ein reines Gewissen gehabt hat. Ich werde morgen früh zu ihm gehen und ihn vor die Wahl stellen, entweder unzerzückt zu verdulden oder sich auf die Untersuchungshaft und die Anklage wegen Mordes gefaßt zu machen.“
Er war so voll von seinem herrlichen Plan, daß er nicht imstande gewesen war, ihn für sich zu behalten. Zu irgendeinem menschlichen Wesen hatte er darüber sprechen müssen, schon um sich bei dem Klang des gesprochenen Wortes um so woiniger an dem Borgefühl seines Triumphes zu beruhigen.
Die Wirkung seines zynischen Bekenntnisses auf den Major aber war eine garabesu erschütternde. Die Augen des alten Mannes hatten unverwandt auf dem Gesicht des Sprechenden gerast, und ein namenloses Entsetzen spiegelte sich in seinem gleichsam erstarrten Blick. Es schien, als wäre er plötzlich ganz in sich zusammengesunken, als hätte eine einzige Minute ihn um Jahre älter gemacht. In diesem entsetzten, zitternden Greise hätte sicherlich seiner feiner hauptsächlichsten Freunde den frischen, lebenslustigen Major wiedererkannt, dessen Unverwundbarkeit schon beinahe sprichwörtlich geworden war. Auch als der Graf geendet, fand er nicht sogleich die Kraft oder die Worte für eine Erwiderung, und eine lange Zeit war verstrichen, ehe er mit seltsam veränderter, beinahe tonloser Stimme fragte:
„Und Edith? — Was für ein schrecklicher Bahnmist ist das? Wie kannst du deine Wünsche auf dies Mädchen richten — auf deine Halbschwester, die Tochter meines Vaters?“
Der Graf, dem die sonderbare Veränderung im Aussehen des anderen in seinem Eifer ganz entgangen zu sein schien, lachte beifällig auf.
„Meine Halbschwester! Die Tochter meines Vaters! — Ausgezeichnet! Sollen wir diese Komödie etwa weiter spielen, auch wenn wir unter vier Augen sind? Du weißt doch noch besser als ich, wie es um diese Blutsverwandtschaft bestellt ist. Und wenn du auch das bewundernswürdige Kunststück fertiggebracht hast, nicht nur den alten

Grafen, sondern auch ein paar geriffene Rechtsanwölter daran glauben zu machen — zur Wahrheit ist dieser grandiose Schwindel damit doch glücklicherweise noch nicht geworden. Glücklicherweise — sage ich! Denn mit der Ueberrahme dieser Erbschaft bin ich noch lange nicht am eigentlichen Ziel meiner Wünsche. Ediths Besitz und die ungezählten Millionen ihres Großvaters sind mir tausendmal lieber, als dies Leben auf einem Vulkan — die mit jedem nächsten Augenblick in die Luft fliegen kann.“
„Nunmehr war ein Schimmer von Farbe in die Wangen des Majors zurückgekehrt.
„Das sind tolle Hirngespinnste,“ sagte er. „Du kennst diese unheimlichen Hoffnungen nicht oerwirklichen, ohne dich selbst der Lüge und des Betruges zu begähigen und alles mutwillig zu zerstören, was wir so mühsam aufgebaut haben.“
„Ob, das läßt sich alles machen. Wenn der geeignete Zeitpunkt gekommen ist, werden wir schon einen Ausweg finden. Ich verlaße mich darin, wie immer, ganz auf deinen erfinderischen Scharfsinn und auf deine Verschlagenheit, die dich ja bis jetzt noch niemals im Stich gelassen hat. Du bist eben das Opfer eines Irrtums gewesen, wie er am Ende jedem passieren kann, und wenn du selbst diesen Irrtum aufklärst, wird kein Mensch daran denken, dich deshalb zur Rechenschaft zu ziehen, um so weniger, als ja niemand einen Schaden davon haben würde, sondern als die Veränderung im Gegenstand verschiedenen Personen außerordentlich erwünscht kommen müßte. Und was mich selbst anbetrifft, nun, so bin ich ja von vornherein vor jeder Verantwortlichkeit geschützt. Ich würde in den Augen der Welt nicht als Betrüger dastehen, sondern vielmehr als das bebauernswürdige Opfer eines von anderen begangenen Irrtums. Es ist mir ja nicht eingefallen, mich aus eigenem Antrieb für einen Grafen Predom-Donnersberg auszugeben, sondern ich habe mich einfach gefügt, als man mir sagte, daß ich einer sei. Doch mich deshalb kein Vorwurf treffen kann, liegt doch klar auf der Hand.“

(Fortsetzung folgt)

30 Km., 3 M.
7 M.); in
Zone 7, bis 10
1000 Km., 8 M.
wie bisher die

Die Bleistiftfabrikant
für alle Fabrika
Ein feltene
Kart“ enthält in
„Vr am
liche Geburt
kamt

Frankenberg
Dieser Wilt
scheint er gewel
Sommerlich
hat, zur Zeit
Ordnung sorgte
läßt, wo eine
debi zu ihm sa
geliehen sind!
„Amigsteu? W
Spaziergängen. U
was Graf's s

Ulm, 9. J
250 Großpich
Widlag von 6
bis 39 Pfund 1
160—9 M., 1
80 Pfund 8.05
10.70—11 M.,
60—79 Pfund
Pfund 9.90—10
10.55 M., abe
bis 39 Pfund 10
bis 9 M., 10
80 Pfund 6.85—

Stuttgart,
wählten Landtag
Lundtag 3 Uhr,
Landtag 11 ni
Audienat Dr. C
Stuttgart,
Lage ist auf nör
hau eine Lande
embarben, die d
Kathoben der P
Santbrücke
der Wannenstern
im Hals aufgef
Papierpenen fr
Meter davon er
Wählens, die e
lich handelt es
wurde zuerst de
flucht erschossen
solger sind im C
Tüfeldorf,
steilung Düssel
aller Art, die sei
Inhof ausgef
Beante und Ar
behauffstent, 6
Stülker, 2 Heig
beherrschung
10000 Mark g
Dresden, 1
Landtagwähler
hinfanden.

Berlin, 10
50 Kilometerzone
10 Bataillone, 5
bände bilden ein
lyung auf 200
Berlin, 9.
Scharp ist entg
in den Reichstä
ordniet die W
nger in dem b
deutscher Franen
Kamen anbietet
benut diese Nach
phen in der an
Katzweilungen ge
Wien, 11.
knapp große Lo
endlich erwogen
Der neue Tarif
Paris, 10.
die Allierten geg
be es bis jetzt
Zimmerng ruft.
Bekämpfung von
Schändeten un
zu begehrtigen.
lana ohne Uebe
Schnitl.)



Führen.

Erhöhung der Zellpreise der letzten Wochen ist. Sie haben unerschwinglich mehr Ertragskraft als die bisherigen. Die Zellpreise sind um 100 vom Hundert teurer. Der Verband der Zellfabrikanten in Nürnberg hat den Leertungszuschlag für alle Fabrikate auf 650 Prozent erhöht.

Vermischtes.

Die Bleistifte werden noch teurer. Der Verband der Bleistiftfabrikanten in Nürnberg hat den Leertungszuschlag für alle Fabrikate auf 650 Prozent erhöht.

Ein seltenes Doppelfeld. Das Annaberger Wochenblatt enthält folgendes Interat: Ihre am 20. ds. stattgefunden Trauung und die glückliche Geburt eines munteren Töchterchens geben hiermit bekannt.

Willy Dommer und Frau Johanne, geb. Bilz.

Frankenberg. Dieser Willy ist kein dommer, aber etwas ungeduldig. Ich ist er gewesen zu sein.

Sankturschl. Es war in einer westfälischen Industriekolonie zur Zeit als bayerische Reichswehr für Ruhe und Ordnung sorgte. Da kam ein echter Münchner in ein Geschäft wo eine Dame ein Gespräch mit ihm anknüpfte und dabei zu ihm sagte: „Schön, daß wenigstens Sie Königstreue geblieben sind!“ — „Was? — entgegnete der Bayer, „Königstreue? Mir san koane Monarchisten und san koane Spanierinnen. Unsa Politik is a guate Noach Bier und was Guat's z'essen. Dds anda is uns all's saunvurscht.“

Handel und Verkehr.

Ulm, 9. Juni. Bei der gestrigen Versteigerung von 2000 Grochwiedhäuten und 700 Kalbfellen wurde ein Schlag von über 40% erzielt. Es kosteten Ochsenhäute bis 39 Pfund 10 Mt. bis 10.85 Mt., von 40-59 Pfund 8.00-9 Mt., von 60-79 Pfund 9.30-10.05 Mt., über 80 Pfund 8.05-9.05 Mt., Rinderhäute bis 39 Pfund 10.70-11 Mt., von 40-59 Pfund 10.15-10.30 Mt., von 60-79 Pfund 9.85-10.15 Mt., Kuhhäute von 40-59 Pfund 9.90-10.45 Mt., von 60-79 Pfund 9.75 Mt. bis 10.55 Mt., über 80 Pfund 9.25-9.55 Mt., Bullenhäute bis 39 Pfund 10.10-11 Mt., von 40-59 Pfund 8.10 Mt. bis 9 Mt., von 60-79 Pfund 7.90-8.60 Mt., über 80 Pfund 6.85-7.20 Mt., Kalbfelle 12-12.55 Mt.

Neueste Nachrichten.

Stuttgart, 10. Juni. Die erste Sitzung des neu gewählten Landtags findet am Dienstag, den 22. Juni, nachmittags 3 Uhr, statt. — Der Alterspräsident des neuen Landtags ist nicht Staatspräsident Mos, sondern Ober-Justizrat Dr. Engelhaaf von der Deutschen Volkspartei.

Stuttgart, 10. Juni. Zur Besprechung der politischen Lage ist auf nächsten Sonntag in das hiesige Gewerkschaftshaus eine Landeskonferenz der Sozialdemokratischen Partei einberufen, die die Taktik im Land- und Reichstag und die Aufgaben der Partei in der nächsten Zukunft beraten soll.

Saarländ. 10. Juni. Gestern Abend wurde hinter der Mantelkammer die Leiche eines Mannes mit einem Schuß in Hals aufgefunden. Der Getötete ist nach seinen Ausweispapieren französischer Staatsangehöriger. Etwa 100 Meter davon entfernt fand man die Leiche eines deutschen Mädchens, die eine Schußwunde am Kopf hatte. Vermutlich handelt es sich um ein Eiferjuchtdrama. Jedenfalls wurde zuerst der Mann und dann das Mädchen auf der Nacht erschossen. Ermittlungen der deutschen Kriminalpolizei sind im Gange.

Düsseldorf, 10. Juni. Durch die Eisenbahnkriminalbande Düsseldorf wurden umfangreiche Güterdiebstähle im Mai, die seit drei Jahren auf dem Düsseldorf Hauptbahnhof ausgeführt wurden, aufgedeckt. Bisher sind 45 Beamte und Arbeiter verhaftet worden, darunter ein Oberleutnant, 6 Rangiermeister, 9 Rangierführer, 5 Lokomotivführer, 2 Heizer, 7 Weichensteller usw. Der der Eisenbahnverwaltung entstandene Schaden wird auf mehrere 100000 Mark geschätzt.

Dresden, 10. Juni. Infolge des Ausfalls der Reichstagswahlen tritt die sächsische Regierung zurück. Die neuen Landtagswahlen in Sachsen werden spätestens im September stattfinden.

Berlin, 10. Juni. Vom 10. Juni ab liegen in der 20-Kilometerzone, wie von der Entente bestimmt, nur noch 10 Bataillone, 5 Schwadronen und 1 Batterie. Diese Verbände bilden einen Teil des Uebergangsheeres, dessen Herabsetzung auf 200000 Mann durchgesetzt ist.

Berlin, 9. Juni. Der deutschnationale Führer Graf Scharp ist entgegen der früheren Meldung im 3. Wahlkreis in den Reichstag gewählt worden. — Die Havasagentur verbreitet die Meldung, daß bei dem Abzug der Senegalgrenze in dem besetzten deutschen Gebiet eine große Anzahl deutscher Frauen sich eingefunden hätte, um den Schwärzen Namen anzubieten. Nach Auskunft von zuständiger Stelle verläßt diese Nachricht auf freier Erfindung. — Die Dänen gehen in der an sie gefallenen Nordzone von Schleswig mit Vorzügen gegen die Deutschen vor.

Wien, 11. Juni. Die Straßenbahnen haben neuerdings große Lohnforderungen gestellt. Infolgedessen wird ein Streik erwogen, den Fahrpreis auf 4 Kronen festzusetzen. Der neue Tarif soll Ende dieses Monats in Kraft treten.

Paris, 10. Juni. Nach dem „Intransigent“ bereiten die Alliierten gegenwärtig eine äußerst energische Note vor, die Deutschland alle Verletzungen des Versailler Vertrags, die es bis jetzt in wirtschaftlicher Hinsicht begangen hat, in Erinnerung rufen. Die Deutschen gelangen in der Tat durch Verletzung von verschiedenen Konventionen dazu, ihre früheren Verbindungen und die Neutralen zum Schaden der Sieger zu begünstigen. (Nach dem bisherigen Verhalten der Entente kann ohne Uebertreibung das Gegenteil behauptet werden. Schluß.)

Warschau, 10. Juli. Das polnische Kabinett hat seinen Rücktritt eingereicht. Der Staatschef hat ihn angenommen und die Regierung gebeten, die Geschäfte vorläufig weiterzuführen.

Amsterdam, 10. Juni. Durch die allgemeinen Wahlen in Rumänien erhielt General Averescu eine große Mehrheit. 215 Abgeordnete gehören zu der Volkspartei unter General Averescu, während die Opposition 127 Mitglieder zählt.

Der Kampf um die Fleischbewirtschaftung.

Der „Staatsanzeiger“ schreibt: Nach Bessermittelungen kaufen die Metzger in einigen Bezirken mit Zustimmung oder Duldung des Kommunalverbands Vieh unmittelbar zur Schlachtung auf. Die in Betracht kommenden Oberämter wurden telegraphisch angewiesen, das mit den bestehenden Bestimmungen im Widerspruch stehende Verfahren alsbald abzustellen. Auch sind vom Reich inzwischen die Preise für Schlachtvieh wesentlich erhöht worden. Die Frage einer etwaigen anderweitigen Gestaltung der Viehaufbringung auf der Grundlage der geltenden Höchstpreise wird zurzeit von der Fleischversorgungsstelle geprüft.

Die deutsche Krise.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ spricht von einer Zuspitzung der kritischen Momente. Nur durch ein nachgiebiges Abweichen der Sozialdemokraten von ihrem bisherigen Standpunkt könne die Möglichkeit eröffnet werden, zu der bisherigen Mehrheit die Deutsche Volkspartei hinzuzuziehen. Die erste Erklärung von Seiten der Demokratischen Partei, welche darauf hinziele, die Schuld an der gegenwärtigen Lage den bisherigen Oppositionsparteien zuzuschreiben und diesen Parteien anheimzugeben, jetzt Wege zu finden, auf denen sie eine aktionsfähige Regierung schaffen könnten, kann, wie die „Deutsche Allgemeine Ztg.“ meint, keinen Abschluß, sondern nur eine Etappe auf dem Wege weiterer Beratungen bedeuten. Vorläufig sei die Aussicht auf eine Wiederherstellung der alten Koalition, wenn auch in einem sehr geschwächten Umfange, noch keineswegs völlig aus dem Bereich der Möglichkeit ausgeschlossen.

Auch die „Germania“ sagt, erst nach den Aussprachen der vollständig versammelten Fraktionen werde man wissen, ob die Ablage einer Mitarbeit mit anderen Gruppen ausrecht erhalten werde. Im übrigen glaubt das Blatt, daß das Zentrum und die Demokratie sich ohne weiteres bereit finden lassen würden, sich zu der alten Koalition wieder zusammenzuschließen.

Der „Vorwärts“ sagt, daß die von den Unabhängigen neuerdings aufgestellten Bedingungen die Regierungsbildung erleichtern dürften. Der Standpunkt, den die Unabhängigen jetzt einnehmen, sei viel vernünftiger als der ursprüngliche, denn damit werde die Verantwortung für das Scheitern einer Linkskoalition den bürgerlichen Mittelparteien zugeschoben. Die sozialdemokratische Fraktion werde die Bedingungen annehmen. Beide sozialdemokratische Parteien würden dann diese Bedingungen als gemeinsames Programm den bürgerlichen Mittelparteien unterbreiten. Lehnten diese ab, so sei es an ihnen, eine Regierung ohne Sozialdemokraten zu bilden.

Scheidemann für Zusammenschluß der sozialdemokratischen Parteien.

Scheidemann läßt durch „D. Z.“ erklären, er habe nicht binnen 2 Monaten die Revolution angekündigt, sondern nur in einer vertraulichen Besprechung gesagt, „viel wahrscheinlicher als die roßigen Hoffnungen des deutschnationalen Stadtvorordneten scheint mir die Auffassung zu sein, daß wir in kurzer Zeit einen Bürgerkrieg haben könnten.“ Bei derselben Gelegenheit vertritt Scheidemann, daß es für die mehrheitssozialistische Fraktion nur eine Möglichkeit gebe, ein enges Zusammengehen mit den Unabhängigen. Eine Regierungsbildung ohne die U. S. V. könne für die sozialdemokratische Partei nicht mehr in Frage kommen.

Die Reichstagswahlen und Spa.

„Daily News“ schreiben zu dem Ergebnis der deutschen Reichstagswahlen: Wenn die Alliierten in Spa unmögliche Forderungen stellen, wie man sie täglich aus Frankreich hört, wird jede deutsche Regierung, die nichts als dieses Wahlergebnis hinter sich hat, binnen eines Tages verschwinden.

Wirtschaftskrise und Arbeiterterror.

Rita, 10. Juni. In Solingen wird zur Lage der bürgerlichen Industrie von unterrichteter Seite berichtet, daß die Arbeitseinstellungen zunehmen, da Aufträge ausbleiben und die bereits abgeschlossenen zum großen Teil wieder zurückgezogen würden.

Essen, 11. Juni. Am 9. Juni nachmittags zogen von der Krupp'schen Friedrich-Alfredhütte in Rheinhausen mehrere hundert Arbeiter vor das Verwaltungsgebäude der Hütte und versuchten, von der Werkleitung die sofortige Zulage von Lohnerböhrungen zu erzwingen. Die Verwaltung erklarte, hierüber nur mit dem Betriebsrat, als der gesetzlichmässigen Vertretung der Arbeiterschaft, verhandeln zu wollen. Die vor dem Gebäude demonstrierende Menge war inzwischen stark angeschwollen und legte nach einigen Reden ihrer Führer sofort das gesamte Werk still. Arbeitswillige wurden aus den Werkstätten vertrieben. Die Ausführung von Notstandsarbeiten wurde mit Gewalt verhindert. Es kam zu Ausschreitungen und Mißhandlungen. Die Friedrich-Alfred-Hütte mit 8500 Mann Belegschaft liegt seitdem völlig still. Keinerlei Notstandsarbeiten werden verrichtet. Der Betriebsrat der Hütte war von der Aktion nicht verständigt und vermochte bisher wenig Einfluß auf die Tumultanten auszuüben. Der Schaden rechnet schon jetzt nach Millionen, denn infolge des plötzlichen Ausbruchs der Zornulme und der gewalttätigen Verhinderung der wichtigsten Notstandsarbeiten konnten ausreichende technische Vorkehrungen, wie sie beim Stilllegen von Hütten notwendig sind, nicht getroffen werden. Daher ist auch, wenn die Hütte wieder zur Arbeit kommt, eine Inbetriebnahme im alten Umfang auf längere Zeit und die Weiterbeschäftigung der vollen Belegschaft unmöglich.

Eine Störung der übrigen Krupp'schen Werke, die von Rheinhausen ihre Rohstoffe beziehen und die von ihnen belieferten, weiterverarbeitenden Betriebe nicht umföweniger zu vermeiden sein, je länger die tumultuarische Störung in Rheinhausen anhält.

Folgen des russischen Schreckensregiments.

Rotterdam, 10. Juni. Nach einer Londoner Meldung des „Nieuwen Rotterdamchen Courant“ folgte der Führer der englischen Arbeiterordnung, die die russischen Zustände untersucht hatte, u. a. nach, die Bolschewisten hätten zugegeben, daß während der Schreckenszeit ungefähr 8500 Menschen hingerichtet worden seien. Diese Schreckensherrschaft sei jetzt zu Ende, aber die Todesstrafe sei für Spionagefälle wieder eingeföhrt. Rußland leide Mangel an Lebensmitteln, Kleidung, Rohstoffen und Transportmitteln. 50 Prozent der Einwohner hungerten. Gegen epidemische Krankheiten, besonders gegen Typhus und Pocken, werde ein Verzweiflungskampf geföhrt.

Briefkasten der Schriftleitung.

W. in D. Ihre Fragen über Vermögenszuwachssteuer bei gewinnbringendem Verkauf von Motoren und ob die Anschaffungskosten für andere Maschinen, die Sie zu Ihrem umgeänderten Betrieb benötigen, daran abgezogen werden dürfen, sind ziemlich kompliziert und eignet sich deren Beantwortung nicht für den Briefkasten. Nur so viel: Sie mußten auf 30. Juni 1919 Ihren Vermögensstand angeben, dies wiederholt sich von 3 zu 3 Jahren, erstmals also 1922. Ein etwaiges Mehr am 30. Juni 1922 unterliegt der Vermögensabgabe. Erschöpfende Auskunft erhalten Sie auf dem Finanzamt.

Sprechsaal.

(Für die unter dieser Rubrik enthaltenen Eingelände übernimmt die Schriftleitung nur die pressegesetzliche Verantwortung.)

Auf die Antwort des Komm. Verbands in Nr. 123

muß ich nachträglich noch bemerken, daß man dort anscheinend glaubt, alles zum Altweiberlatz stampeln zu können. Die Allgemeinheit wird es jedenfalls für keine starke Zustimmung betrachten, wenn von einer der Allgemeinheit dienenden Einrichtung öffentlich Auskunft verlangt wird, umso mehr, wo heute das Vertrauen zu den R.-B. verschwindend klein ist; darüber wird man sich auch dort nicht wundern, wenn man aus den Tageszeitungen über die großen Unregelmäßigkeiten und Schiebungen erföhrt, die da und dort vorkommen. Ferner bedaure ich sehr, daß dem R.-B. der Höchstpreis für Fleischkonserven zum Nachteil der Verbraucher nicht bekannt war, an den sich der R.-B. wie jeder andere Staatsbürger zu halten hat.

Nach einer mir gewordenen Mitteilung der Fleischversorgungsstelle betrug im Juli und August v. J. der Uebernahmepreis Mt. 1.30, der Höchstpreis Mt. 1.60, worunter gerade die in der Antwort des R.-B. gemeinte spätere Verteilung fällt. Daß es der R.-B. mit den Höchstpreisen nicht so genau nimmt, das wird auch den Bauern bekannt sein, die im Frühjahr 1919 Heu von demselben bezogen haben. Im übrigen wird sich die Staatsanwaltschaft mit der Sache befassen, die diese betrödeliche Höchstpreisüberschreitung wohl nicht für einen Altweiberlatz ansehen wird.

Karl Dank.

Geschäftsstelle des Kommunalverbands Neuenbürg.

Betreff: Verteilung von Einmachzucker.

Infolge Einsparungen der Landesversorgungsstelle und des Kommunalverbands kommen in nächster Zeit 421 D. Einmachzucker zur Verteilung, und es entfallen davon auf den Kopf der Versorgungsberechtigten 1125 Gramm. Anspruch auf Einmachzucker haben alle diejenigen Versorgungsberechtigten, die am 1. Juni ds. J. einen Wohnort im Bezirk hatten. Auch Einzelpersonen steht der gleiche Anspruch zu. Die Preisverhältnisse sind dieselben, wie sie in der Bekanntmachung des Kommunalverbandes vom 22. 5. 20, Entschl. Nr. 118, veröffentlicht worden sind. Darnach beträgt der Großhandelspreis pro 100 Kilo einschließlich des Gemeinde-Zuschlags 310 Mt. 50 Pfg. Der Kleinhandelspreis pro 1 Pfund 1 Mt. 90 Pfg.

Den 10. Juni 1920. Oberamtspfleger Kübler.

Achtung! Holzverteilung. Achtung!

Sonntag, den 13. Juni 1920, nachmittags 2 Uhr, findet im Gasthaus zur Sonne in Neuenbürg eine

Bersammlung

für Zimmerer-, Schreiner-, Wagner-, Glaser-, Küfer-, Dreher-, Schindler- und Regenschmied-Innungen

statt. Es wird hierbei das Holz aus dem Staatswald zur Verteilung kommen. Diejenigen, welche in der Bersammlung nicht erscheinen, haben keinen Anspruch auf Holz.

Die Obermeister.

Amliche Kurse
mitgeteilt von der Bankfirma Darr & Glend, Karlsruhe i. V.

6 Proz. Kriegsanleihe	79 1/2	Allgem. Gl. Kt.	277 1/2
4 „ „	85 1/2	Palettsfabr.	183 1/2
4 „ „	85	Nordb. Lloyd Kt.	176
4 „ „	88 1/2	Böhm. Kt.	891
4 „ „	89 1/2	Tab. Anilin u. Soda Kt.	496
4 „ „	89 1/2	Deutsche Kell.-Kt.	418
Devise Schweiz 100 Franken — A 702			
„ „ 100 Gulden — K 1408			

Ständiges Inferieren führt zum Erfolg.

